

NEWSLETTER APRIL 2021



Newsletter des Deutsch-französischen Büros für die Energiewende

Termine

27. April 2021 | Online

Seminar: Wind energy development and biodiversity: legal framework, challenges and solutions

5.-6. Mai 2021 | Online

Konferenz: Geschäftsmodelle für PV-Freiflächen: Ausschreibungen, Strukturierung der Wertschöpfungskette, Geschäftsmodelle ohne Förderung

20. Mai 2021 | Online

Konferenz: Erneuerbare Wärme: Treiber der Energiewende

Das DFBEW

Johann Maximilian Voß verstärkt das DFBEW-Team in Paris

Aktive Beiträge des DFBEW

Die neuesten Publikationen des DFBEW

Neue Mitglieder

- Epp Rechtsanwälte
- GRTgaz Deutschland
- re:cap global investors AG

Veranstaltungen und Publikationen unserer Mitglieder

Politik in Kürze

[> alle Artikel lesen](#)

Europa

- IEA: Rebound-Effekt der Emissionen nach Corona
- Kommission legt Prioritäten für nachhaltige Forschung und Innovation fest
- EU-ETS: Neue Regeln für kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten

Frankreich

- Drei Verordnungen zur Umsetzung des EU-Winterpakets
- Nach Abschlussitzung des Bürgerkonvents: Klimagesetz in Nationalversammlung

Deutschland

- Einigung bei Entschädigungszahlungen für Atomausstieg
- Deutschland erreicht Klimaziel für 2020
- Neue Förderinitiativen für Batteriezellen und intelligente Stromzähler

Erneuerbarer Strom & Netze

[> alle Artikel lesen](#)

Europa

- Einigung über 2. Auflage des EU-Infrastrukturprogramms „Connecting Europe“
- Zahlen zur Entwicklung der Windenergie in Europa im Jahr 2020

Frankreich

- RTE: Veröffentlichung der Strombilanz 2020 und der Prognose bis 2030
- ADEME: Aufruf zur Interessenbekundung für regionale Berater bei EE-Projekten
- Dekret zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren im Offshore-Bereich

Deutschland

- OVG Münster stoppt vorläufig Rollout intelligenter Stromzähler
- Kohleausstieg: Ausschreibung, Prüfverfahren der EU-Kommission, antizipierte Folgen
- Bundesrat fordert grundlegende Reform der Finanzierung des Energiesystems
- Bericht der BNetzA: Zustand und Ausbau der Stromverteilernetze 2020
- Aufbau von Wasserstoffinfrastruktur ermöglicht

Energieeffizienz & Wärme

[> alle Artikel lesen](#)

Europa

- Europäische Renovierungsstrategien wohl unzureichend für Klimaneutralität in 2050

Frankreich

- Sanierung von 50.000 Eigentümergemeinschaften innerhalb von drei Jahren
- Bezuschlagte Projekte im Bereich „Biomasse-Wärme“ und „Energieeffizienz“
- Energieeinsparzertifikate: Vorwegnahme von Bedingungen für die 5. Periode

Deutschland

- Deutschland verfehlt Emissionsminderungsziel im Gebäudebereich

Impressum

Deutsch-französisches Büro für die Energiewende |
Office franco-allemand pour la transition énergétique
Scharnhorststr. 34-37, 10115 Berlin, Deutschland
www.dfbew.eu

Autoren: Anna Brehm, Lucie Lochon, Lena Müller-Lohse, Tim Niehues

Kontakt: Elena Albers, elena.albers@developpement-durable.gov.fr

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Johann Maximilian Voß verstärkt das DFBEW-Team in Paris

Johann Maximilian Voß ist seit dem 15. März 2021 als Referent für Windenergie im Pariser Büro des DFBEW tätig. Er hat Public Policy an der Berliner Hertie School sowie Außenwirtschaft/Management an der HAW Hamburg und der Universität Kangnam in Südkorea studiert. Im Kontext seiner Abschlussarbeit hat Johann sich intensiv mit dem Thema Flächenverbrauch in Schleswig-Holstein beschäftigt. Zuvor hat er in der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Paris hospitiert und war für die Boston Consulting Group in Hamburg tätig. Weiterhin war Johann am klimapolitischen Forschungsprojekt „Ariadne“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beteiligt und hat maßgeblich an der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Hertie School mitgewirkt.



Aktive Beiträge des DFBEW

Markus Wagenhäuser, Referent des DFBEW, hat am 11. März 2021 im Rahmen einer Online-Fortbildung des französischen Erneuerbaren-Verbands *Syndicat des énergies renouvelables* (SER) einen Vortrag zu allgemeinen energiepolitischen Entwicklungen sowie Fördermechanismen für erneuerbare Energien in Deutschland gehalten.



Die neuesten Publikationen des DFBEW

Das Deutsch-französische Büro für die Energiewende (DFBEW) hat seinen Mitgliedern im Verlauf der vergangenen Wochen mehrere neue Publikationen zur Verfügung gestellt, die im Folgenden aufgelistet sind. Die Zusammenfassungen von Konferenzen und Übersetzungen, die den Mitgliedern des DFBEW vorbehalten sind, können erst nach Anmeldung im Mitgliederbereich der [Webseite des DFBEW](#) heruntergeladen werden:

- [Barometer](#) der Energiewende in Frankreich
- [Barometer](#) der Energiewende in Deutschland (auf Französisch)
- [Hintergrundpapier](#) zu energetische Gebäudesanierung und Denkmalschutz: Herausforderungen und Ansätze
- [Zusammenfassung](#) der Online-Konferenz zu Windparks als Teil der Raumplanung – Flächen, Technik und Konzepte
- [Hintergrundpapier](#) zur CO₂-Bepreisung
- [Hintergrundpapier](#) zu Wasserstoff: Herstellung, Verteilung, Nutzung und gesetzlicher Rahmen für den Ausbau
- [Memo](#) zum EEG 2021 (auf Französisch)
- [Externes Hintergrundpapier](#) zu Planung und Genehmigung von WEA an Land in Deutschland



Europa

IEA: Rebound-Effekt der Emissionen nach Corona



Laut eines [Berichts](#) (auf Englisch) der Internationalen Energieagentur (IEA) führte die Covid-19-Pandemie und die daraus resultierende wirtschaftliche Rezession zum bisher größten gemessenen Rückgang der globalen Treibhausgasemissionen. Die Primärenergienachfrage ging weltweit um fast 4 % und die weltweiten energiebedingten Emissionen um 5,8 % zurück – der stärkste Rückgang seit dem zweiten Weltkrieg. In absoluten Zahlen gingen die Emissionen um 2.000 Mio. t CO₂ zurück, was ungefähr den jährlichen Emissionen der EU entspricht. Gleichzeitig erreichten erneuerbare Energien mit über 20 % den bisher höchsten Anteil am Energiemix. Der Emissionsrückgang ist vor allem auf die erste Welle der Pandemie zurückzuführen: Nachdem die erste Welle unter Kontrolle gebracht war und die wirtschaftliche Aktivität wieder Fahrt aufnahm, stiegen auch die Emissionen wieder an und lagen im Dezember 2020 sogar 2 % über dem Niveau von Dezember 2019. Laut IEA unterstreicht die rasche Erholung des Energiebedarfs und der Emissionen in vielen Volkswirtschaften das Risiko, dass die CO₂-Emissionen in diesem Jahr wieder deutlich zunehmen werden.



Kommission legt Prioritäten für nachhaltige Forschung und Innovation fest



Am 15. März hat die Europäische Kommission den [Strategieplan](#) (auf Englisch) für die ersten vier Jahre des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizon Europe angenommen. Das Programm hat ein Volumen von 95,5 Mrd. €, die erste Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird im Frühling 2021 veröffentlicht. Der Strategieplan sieht vier strategische Leitlinien für Investitionen in Forschung und Innovation vor: (1) Förderung einer offenen strategischen Autonomie durch Entwicklung wichtiger digitaler, grundlegender und neu entstehender Technologien, (2) Wiederherstellung von Ökosystemen und der biologischen Vielfalt Europas, (3) Europa zur ersten digitalbasierten, kreislauforientierten, klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft machen und (4) Schaffung einer widerstandfähigeren, inklusiveren und demokratischeren europäischen Gesellschaft.



EU-ETS: Neue Regeln für kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten



Am 15. März hat die Europäische Kommission die neuen Benchmarks für die Zuteilung von kostenlosen Zertifikaten im EU-ETS mittels einer [Durchführungsverordnung](#) veröffentlicht. Die Regeln gelten für den Zeitraum 2021-2025 und betreffen 54 Sektoren. Die Leistungsbenchmarks, die als Grundlage für die Verteilung der kostenlosen Zertifikate dienen, werden durch umfangreiche technische Analysen und auf Basis der durchschnittlichen Treibhausgasemissionen der effizientesten 10 % der Anlagen definiert. Die Anzahl der Zertifikate, die kostenlos verteilt werden, wird in den nächsten Jahren abnehmen. Eine bestimmte Menge an kostenlosen Zertifikaten wird jedoch weiterhin zugeteilt werden, um dem Risiko von *Carbon Leakage*, also einer durch energie- und klimapolitische Regulierungen innerhalb der EU verursachte Verlagerung gewisser Industriezweige in andere Teile der Welt, entgegenzuwirken.



Frankreich

Drei Verordnungen zur Umsetzung des EU-Winterpakets



Am 4. März wurden drei Verordnungen zur Umsetzung verschiedener EU-Richtlinien im Bereich Energie und Klima aus dem sog. EU-Winterpaket, welche Ende 2018 und Anfang 2019 verabschiedet wurden, im französischen Amtsblatt veröffentlicht. Die [Verordnung Nr. 2021-236](#) (auf Französisch) betrifft die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und fasst Bestimmungen zusammen, die für Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften und Bürgerenergiegemeinschaften gelten. Die zweite [Verordnung](#) (auf Französisch) zum Elektrizitätsbinnenmarkt ändert mehrere Bestimmungen des Verbraucher- und des Energiegesetzbuches, um die Verbraucherinformation zu stärken. Die Nachhaltigkeit und die Reduzierung von Treibhausgasemissionen aus Bioenergien sind Gegenstand der dritten [Verordnung](#) (auf Französisch).



Nach Abschlussitzung des Bürgerkonvents: Klimagesetz in Nationalversammlung



Vom 26. bis 28. Februar hielten 119 der 150 Mitglieder des Bürgerkonvents für das Klima ihre letzte Sitzung per Videokonferenz ab, um eine Stellungnahme zur Umsetzung ihrer 149 Vorschläge durch die Regierung abzugeben. Auf einer Skala von 0 bis 10 bewerteten sie die Art und Weise, wie die Regierung ihre Vorschläge im Entwurf zum Klima- und Resilienzgesetz umgesetzt hat, oder umzusetzen gedenkt. Mit einer durchschnittlichen Punktzahl von 2,5 von 10 fiel die Bewertung der Umsetzung der Maßnahmen eher negativ aus, nur wenige Maßnahmen erhielten fünf Punkte oder mehr. Der Entwurf des [Klima- und Resilienzgesetzes](#) (auf Französisch) wurde Anfang Februar von der französischen Regierung vorgestellt. Der Text besteht aus 69 Artikeln, die auf der Arbeit des Bürgerkonvents basieren. Seit dem 8. März wird dieser Vorschlag in der Nationalversammlung von einem Sonderausschuss geprüft.



Deutschland

Einigung bei Entschädigungszahlungen für Atomausstieg

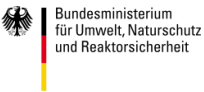


Nach jahrelangem Rechtsstreit haben sich die Bundesregierung und die vier Energiekonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall auf eine Entschädigungssumme für den Atomausstieg geeinigt ([Pressemitteilung](#)). Mit einer Summe von insgesamt 2,4 Mrd. € werden alle mit dem Atomausstieg in Zusammenhang stehenden Rechtsstreitigkeiten beendet. Mit den Zahlungen folgt die

Bundesregierung den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, welches die Bundesregierung zu einer Entschädigung der Konzerne aufgefordert hatte. Außerdem wurde die Bundesregierung vom schwedischen Vattenfall-Konzern aufgrund des Atomausstiegs vor einem internationalen Schiedsgericht verklagt. Aus diesem Grund bekommt Vattenfall mit 1,425 Mrd. € den größten Anteil der Entschädigungszahlungen. RWE erhält 880 Mio. €, EnBW 80 Mio. und Eon 42,5 Mio. €. Die Entschädigung soll durch eine Änderung des Atomgesetzes durch den Deutschen Bundestag nach entsprechender beihilferechtlicher Prüfung durch die Europäische Kommission rechtlich festgehalten werden. Das letzte deutsche Atomkraftwerk wird spätestens Ende 2022 vom Netz gehen.



Deutschland erreicht Klimaziel für 2020



Am 10. März haben das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Environment Program*, UNEP) und die Universität Oxford eine [Analyse](#) (auf Englisch) der Konjunkturpakete, die von 50 großen Volkswirtschaften zur Überwindung der Coronakrise umgesetzt wurden, veröffentlicht. Ziel war es, zu untersuchen, inwieweit die Konjunkturprogramme nachhaltige

Investitionen zur Erreichung der Klimaziele ermöglichen. Deutschland sei, neben Dänemark, Finnland, Frankreich, Norwegen und Polen, eines von sechs Ländern, die ihre Konjunkturpakete für nachhaltige Investitionen genutzt hätten.

Laut der am 16. März vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) vorgestellten [Klimabilanz 2020](#) verzeichnete Deutschland 2020 den stärksten Rückgang der Treibhausgasemissionen innerhalb eines Jahres seit 1990. Die Senkung von 810 auf 739 Mio. t CO₂-Äquivalente entspricht einem Rückgang um 8,7 % im Vergleich zu 2019 ([Infografiken](#) zur Klimabilanz). Im Vergleich zum Referenzjahr 1990 sind die Treibhausgasemissionen um 40,8 % gesunken – das Klimaziel von -40 % bis 2020 wurde folglich übertroffen. Lediglich im Gebäudesektor wurden die Klimaziele für 2020 verfehlt (siehe unten). Die vorgestellten Daten zeigen jedoch, dass ein Drittel des Rückgangs der CO₂-Emissionen direkt auf die Folgen der Coronakrise zurückzuführen sei. So habe insbesondere der Lockdown zu einem Rückgang des Energieverbrauchs und der industriellen Produktion geführt. Die Emissionen im Verkehrsbereich wurden durch entsprechende Mobilitätsbeschränkungen reduziert.



Neue Förderinitiativen für Batteriezellen und intelligente Stromzähler



Mit einer neuen [Förderinitiative](#) unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) die Forschung und Entwicklung im Bereich nachhaltige Batterien. Das Förderprogramm ist als Ergänzung der beiden laufenden sog. wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (*Important Projects of Common European Interest*, IPCEI) gedacht, welche die

Produktion moderner Batterien fördern sollen. Die neue Förderinitiative ist auf den gesamten Lebenszyklus von Batterien ausgerichtet und nimmt insbesondere die Themen Nachhaltigkeit und Digitalisierung in den Blick. Bis zum 21. April können Projektskizzen für eine Forschungsförderung in den Bereichen Nachhaltigkeit und Recycling, Digitalisierung der Batterieproduktion, Batterietest- und -zertifizierung und Anwendung neuer Batterietechniken eingereicht werden. Ziel der Förderinitiative seien Batterien „made in Germany“, welche höchste Ansprüche an Qualität und Nachhaltigkeit erfüllen. Des Weiteren startete das BMWi einen neuen [Förderaufruf](#) für die Weiterentwicklung und Anwendung der Smart-Meter-Gateway-Kommunikationsplattform, der sich insbesondere an die Hersteller von intelligenten Stromzählern richtet und für den bis zum 15. April Projektideen eingereicht werden können. Ziel der Förderung ist, die Digitalisierung des Energiesystems voranzubringen.



Europa

Einigung über 2. Auflage des EU-Infrastrukturprogramms „Connecting Europe“



Am 11. März haben sich der EU-Rat und das EU-Parlament informell auf den Rahmen zur zweiten Auflage der Fazilität „Connecting Europe“ geeinigt ([Pressemitteilung](#)). Das EU-Leitprogramm soll im Zeitraum von 2021 bis 2027 wichtige Infrastrukturprojekte in den Bereichen Verkehr, Digitales und Energie finanzieren und ist insgesamt mit Mitteln in Höhe von 33,7 Mrd. € ausgestattet – ca.

5,8 Mrd. € davon sind für den Energiesektor vorgesehen. Hier werden die weitere Integration des europäischen Energie-Binnenmarktes, die Verbesserung der grenz- und sektorübergreifenden Interoperabilität der Energienetze, die Dekarbonisierung des Energiesystems, sowie die Gewährleistung einer hohen Versorgungssicherheit als Prioritäten genannt. Überdies seien Mittel für länderübergreifende Projekte zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen vorgesehen. Dabei müsse jedes bezuschlagte Projekt Kriterien erfüllen, die mit den Energie- und Klimaplänen der EU und der Einzelstaaten kohärent sind und mit dem Grundsatz der Energieeffizienz übereinstimmen. Im nächsten Schritt muss die Einigung offiziell vom EU-Rat gebilligt werden.



Zahlen zur Entwicklung der Windenergie in Europa im Jahr 2020



Der europäische Windenergieverband WindEurope hat einen [Bericht](#) (auf Englisch) zur Entwicklung der Windenergie in Europa im Jahre 2020 veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass die Windkraft 16 % des europäischen Strommixes ausgemacht hat. Es wurde insgesamt eine Leistung in Höhe von 14,7 GW neu installiert – 19 % weniger als vorgesehen. Bei 80 % dieser Leistung handelt es sich um Windenergieanlagen (WEA) an Land. Mit 2 GW war der Zubau in den Niederlanden am höchsten, gefolgt von Deutschland (1,65 GW, geringster Zubau seit 2010), Norwegen (1,5 GW) und Spanien (1,4 GW). Frankreich belegt mit einem Zubau von 1,32 GW den fünften Platz. Im Bericht werden zudem Prognosen für den Zeitraum bis 2025 getroffen: so gehen die Autoren von einem jährlichen Zubau von 15 GW aus – 27 GW seien jedoch nötig, um das Klimaziel von -55 % Treibhausgasemissionen bis 2030 (ggü. 1990) zu erreichen. Als größte Hemmnisse für den Ausbau der Windenergie identifiziert der Bericht schleppende Genehmigungsverfahren, bedingt durch zu komplexe gesetzliche Rahmenbedingungen, zu wenig Personal für die Antragsbearbeitung in den Ämtern, sowie Klagen gegen WEA-Projekte. Zudem stellt sich zunehmend häufiger die Frage, ob WEA, die aus der öffentlichen Förderung fallen, weiterbetrieben, oder durch neue Anlagen ersetzt werden können. So hat Österreich zum Beispiel das Jahr 2020 mit einer geringeren installierten Leistung von WEA beendet, als zu Beginn des Jahres verfügbar war.



RTE: Veröffentlichung der Strombilanz 2020 und der Prognose bis 2030



Am 3. März hat der französische Übertragungsnetzbetreiber RTE die [französische Strombilanz für 2020](#) (auf Französisch) veröffentlicht. Im Jahr 2020 betrug der Stromverbrauch 460 TWh, der niedrigste Wert seit zehn Jahren. Dies entspricht einem Rückgang von 3,9 % gegenüber 2019. Während der Stromverbrauch von Privathaushalten stabil geblieben ist, ist er bei der Großindustrie um 10 % gesunken. Dies lag vor allem an der vorübergehenden Schließung vieler Unternehmen in Folge der sanitären Maßnahmen, die während des ersten Lockdowns getroffen wurden. Die Stromerzeugung ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,9 % zurückgegangen und befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung ist aufgrund der Coronakrise und der Schließung von Fessenheim um 11,6 % auf 67,1 % gesunken. Die Windkraft erreichte einen Anteil von 7,9 % – sie stellte damit insgesamt die drittgrößte und hinter der Wasserkraft (13 %) die zweitgrößte erneuerbare Stromquelle dar.

Am 24. März hat RTE zudem seine [Prognose](#) (auf Französisch) für die Entwicklung des französischen Stromsystems bis zum Jahr 2030 veröffentlicht. Bis 2024 gelte, hauptsächlich wegen der verzögerten Wartung von Kernkraftwerken im Zuge von Corona, sowie wegen Verzögerungen beim Bau des Kernreaktors von Flamanville und beim Ausbau von Erneuerbaren-Kapazitäten eine erhöhte Vorsicht, was die Systemstabilität angehe. Zwischen 2024 und 2026 entspanne sich diese Situation aufgrund der Inbetriebnahme von Flamanville, neuen Erneuerbaren-Kapazitäten, mehr grenzüberschreitenden Kapazitäten, sowie Weiterentwicklungen bei der Laststeuerung. Zwischen 2026 und 2030 werde wieder von einer deutlich besseren Situation in Bezug auf Versorgungssicherheit und Systemstabilität ausgegangen. ▲

ADEME: Aufruf zur Interessenbekundung für regionale Berater bei EE-Projekten



Am 2. März hat die französische Agentur für ökologischen Wandel (*Agence de la transition écologique*, ADEME) einen [Aufruf zur Interessensbekundung](#) (*Appel à manifestation d'intérêt*) für den Einsatz von regionalen Beratern in lokalen Behörden für die Entwicklung von Wind- und Photovoltaikprojekten (*Conseillers régionaux à destination des collectivités pour le développement de projets éoliens et photovoltaïques*, Cocopeop) gestartet. Dieser Aufruf wird vom französischen Ministerium für ökologischen Wandel (*Ministère de la Transition énergétique*, MTE) unterstützt. Die ADEME hat festgestellt, dass lokale Behörden technische Unterstützung bei der Umsetzung dieser Projekte benötigen. Ländliche Gemeinden, in denen Windenergieprojekte entwickelt werden sollen, würden oft auf einen Mangel an Kompetenzen in diesem Bereich verweisen, so die ADEME. Im Rahmen dieses Aufrufs werden sowohl Fördermittel als auch Experten der ADEME zur Verfügung gestellt. Der Aufruf steht im Einklang mit den Klimazielen, die in der französischen mehrjährigen Programmplanung für Energie (*Programmation pluriannuelle de l'énergie*, PPE) von April 2020 definiert wurden. Darin ist festgehalten, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2030 auf 33 % zu erhöhen ist, insbesondere durch den Ausbau der Wind- und Photovoltaikkapazitäten. Territoriale Strukturen und Vereine, die lokale Behörden bei der Entwicklung dieser Projekte unterstützen möchten, können ihre Anträge zwischen dem 26. April und dem 7. Juni 2021 einreichen. ▲

Dekret zur Vereinfachung von Genehmigungsverfahren im Offshore-Bereich



Am 14. März wurde ein [Dekret](#) (auf Französisch) im französischen Amtsblatt veröffentlicht, das Genehmigungsverfahren von Offshore-WEA vereinfachen soll. Genauer wird die Zuständigkeit für Berufungen gegen Entscheidungen, die in Bezug stehen zu Offshore-WEA und Arbeiten an diesen Anlagen sowie zum Offshore-Netz und zu Hafeninfrastrukturen, in erster und letzter Instanz an den französischen Staatsrat (*Conseil d'État*) übertragen. Bisher war das Verwaltungsgericht von Nantes hierfür zuständig. Die Maßnahme ist Teil des Gesetzes zur Beschleunigung und Vereinfachung des öffentlichen Handelns (*Loi d'accélération et de simplification de l'action publique*, Loi Asap), das im Dezember 2020 verabschiedet wurde ([Gesetzestext](#), auf Französisch). ▲

Deutschland

OVG Münster stoppt vorläufig Rollout intelligenter Stromzähler



Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat am 4. März in einem [Eilbeschluss](#) die Vollziehung einer Allgemeinverfügung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausgesetzt. Das Hauptsacheverfahren sei laut OVG Münster noch beim Verwaltungsgericht Köln anhängig. Mit der Verfügung von Anfang 2020 bestätigte das BSI seinerzeit, dass intelligente Messsysteme, die die gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf Sicherheit und Interoperabilität erfüllten, auf dem Markt verfügbar seien. Die Verfügung hatte zur Folge, dass Messstellenbetreiber (insbesondere Stadtwerke) im gesamten Bundesgebiet innerhalb einer gewissen Frist dazu verpflichtet wurden, ihre Messstellen mit vom BSI zertifizierten Stromzählern auszustatten. De facto bedeutete dies auch ein Verbot zum Einbau anderer, nicht zertifizierter Messsysteme. Ein Hersteller solcher alternativer Systeme aus Aachen hatte, ebenso wie 50 weitere Unternehmen, gegen die Verfügung geklagt. Mit der Entscheidung des OVG Münster wurde der bundesweite Rollout intelligenter Stromzähler (*Smart-Meter-Gateways*) nun vorerst ausgesetzt und es dürfen vorläufig auch andere Messsysteme eingebaut werden. Bereits verbaute Zähler müssen nicht ausgetauscht werden. Laut des Gerichts erfüllten die vom BSI zertifizierten Systeme nicht die gesetzlichen Mindestvorgaben aus dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) und den in technischen Richtlinien normierten Interoperabilitätsanforderungen.



Kohleausstieg: Neue Ausschreibung, Prüfverfahren der EU-Kommission, antizipierte Folgen



Die BNetzA hat die dritte [Ausschreibungsrunde](#) für die Abschaltung von Steinkohlekraftwerken gestartet (Gebotstermin 30. April). Es sind 2.481 MW bei einem Höchstpreis von 155.000 €/MW ausgeschrieben. Die entsprechenden Abschaltungen sollen bis Ende 2022 erfolgen. Während der Steinkohleausstieg mittels Ausschreibungen als beihilferechtlich unbedenklich eingestuft wurde, hat die EU-Kommission am 2. März in einer [Pressemitteilung](#) bekannt gegeben, die Entschädigungszahlungen an die Betreiber von Braunkohlekraftwerken in Höhe von insgesamt 4,35 Mrd. € überprüfen zu wollen. Dabei gehe es nicht um die Zahlungen an sich, sondern um die Angemessenheit deren Höhe. Laut einer [Analyse](#) des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln (EWI) könnte der bis 2038 vorgesehene Kohleausstieg Deutschlands, angesichts einer Erhöhung der EU-Klimaziele und eines wahrscheinlichen Anstieges der CO₂-Preise im europäischen Emissionshandel, bereits zu Beginn der 30er Jahre weitgehend abgeschlossen sein. Diese fehlenden Kapazitäten müssten laut den Autoren durch Gaskraftwerke und einen ambitionierteren Zubau von Photovoltaik- und Windenergiekapazitäten ausgeglichen werden. Auch eine [Studie](#) (auf Englisch) von Aurora Energy Research betont, dass bei einem stetig steigenden EE-Anteil am Energiemix bis 2050 zwischen 5 und 10 GW an flexibler Kraftwerksleistung zugebaut werden müsste, um die Versorgungssicherheit in Deutschland auch bei extremen Wetterlagen aufrechtzuerhalten. Solche Anlagen würden nur für wenige Stunden im Jahr benötigt und seien daher erst bei sehr hohen Strompreisen ab 10.000 €/MWh rentabel zu betreiben.

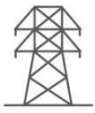


Bundesrat fordert grundlegende Reform der Finanzierung des Energiesystems



Bundesrat In einem [Beschluss](#) vom 26. März fordert der Bundesrat, im Kontext der erhöhten EU-Klimaziele, eine umfassende Reform der Energiebepreisung, sowie ein neues Fördermodell für erneuerbare Erzeugungsanlagen. Letzteres könne laut Länderkammer beispielsweise die Etablierung eines langfristig marktfinanzierten Grünstrommodells zum Ziel haben. Generell bedürften alle staatlich induzierten Preisbestandteile einer Reform, um einen fairen Wettbewerb für alle Energieträger und Bereiche zu gewährleisten. Es müsse ein System geschaffen werden, das eine Lenkungswirkung hin zu erneuerbaren Energien und die Erreichung der Klimaziele als übergeordnetes Ziel habe. Hierzu werden, unter anderem, eine Neuordnung der Energiebesteuerung, eine Dynamisierung der Netzentgelte, eine umfassendere CO₂-Bepreisung (inklusive CO₂-Grenzsteuern), die Befreiung der Eigen- und Direktstromversorgung mit nicht EEG-vergütetem Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen von der EEG-Umlage, sowie eine perspektivische Absenkung dieser auf null, vorgeschlagen.





Am 5. März hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) ihren [Bericht](#) zum Zustand und Ausbau der Stromverteilernetze für das Jahr 2020 veröffentlicht. Die 60 befragten Netzbetreiber gaben für die nächsten zehn Jahre Kosten des Ausbaubedarfs i. H. v. 16,05 Mrd. € an (+17 % im Gegensatz zum Vorjahr). Insbesondere im Bereich Digitalisierung würden Investitionen notwendig, u. a. um mehr Informationen zur Netzauslastung sammeln und das Netz besser steuern zu können. Generell käme den Verteilnetzen, angesichts einer wachsenden angeschlossenen Erzeugungsleistung und eines erwarteten Zuwachses bei der Elektromobilität, eine steigende Bedeutung für die Systemstabilität zu.



Aufbau von Wasserstoffinfrastruktur ermöglicht



Bundesnetzagentur

Die Bundesnetzagentur hat den Entwurf für den Netzentwicklungsplans (NEP) Gas 2020-2030 abgeschlossen ([Pressemitteilung](#)). Mit Hilfe dieses Plans sollen u. a. Flüssiggasterminals eingebunden und die Umstellung von Erdgasleitungen auf Wasserstoff ermöglicht werden. Der NEP umfasst 215 Maßnahmen (60 Maßnahmen mehr als der NEP Gas 2018-2028) und hat ein Investitionsvolumen von 8,5 Mrd. €. Es sind u. a. zehn Projekte vorgesehen, bei denen 24 Leitungen bzw. Gasdruckregel- und Gasdruckmessanlagen aus dem Erdgasnetz herausgenommen werden. Auf diese Weise können die Gasnetzbetreiber anfangen, ein Wasserstoffnetz auszubauen und gleichzeitig ihre Transportpflichten im Erdgasnetz sicherstellen. Reine Wasserstoffinfrastrukturen sind nicht Bestandteil des NEP Gas.



Europa

Europäische Renovierungsstrategien wohl unzureichend für Klimaneutralität in 2050



Das Building Performance Institute Europe (BPIE) hat im März eine [Analyse](#) (auf Englisch) zu den langfristigen Renovierungsstrategien (*long-term renovation strategies*, LTRS) in acht europäischen Ländern, darunter Deutschland und Frankreich, veröffentlicht. Es zeigt sich, dass diese Strategien zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2050 unzureichend seien. Keine der untersuchten Strategien zielt auf eine vollständige Dekarbonisierung des Gebäudebestandes ab. Erforderlich wäre vielmehr eine erhebliche Steigerung der Renovierungsrate auf 3 % jährlich bis 2030, die voraussichtlich in keinem der untersuchten Länder erreicht werde.

Die Ergebnisse der Analyse wurden im Rahmen eines Webinars präsentiert, welches das DFBEW am 24. März organisiert hat. Sie finden die Präsentationsfolien und das Video [hier](#) auf der Webseite (nach erfolgtem Login in den DFBEW-Mitgliederbereich).



Frankreich

Sanierung von 50.000 Eigentümergeinschaften innerhalb von drei Jahren



Die französische Ministerin für Wohnungswesen Emmanuelle Wargon hat zusammen mit Immobilienfachleuten ein [Protokoll](#) (auf Französisch) zur freiwilligen Selbstverpflichtung zugunsten der energetischen Sanierung von Wohnanlagen unterzeichnet. Dieses Protokoll soll es ermöglichen, innerhalb von drei Jahren 50.000 Eigentümergeinschaften bei ihrer energetischen Sanierung zu unterstützen. In Frankreich gibt es etwa 740.000 Eigentümergeinschaften, die knapp 10 Mio. Wohnungen umfassen. Dies entspricht einem Drittel des Wohnungsbestandes. Renovierungsarbeiten in Eigentümergeinschaften sind mit anderen Herausforderungen verbunden als die in Einfamilienhäusern und die Regierung hat bereits verschiedene Reformen zur Beschleunigung der energetischen Sanierung eingeführt, wie zum Beispiel die Förderung [MaPrimeRénov'Copro](#) (auf Französisch).



Bezuschlagte Projekte im Bereich „Biomasse-Wärme“ und „Energieeffizienz“



Nach Projektaufufen im Bereich „Dekarbonisierung der Industrie“ hat die Regierung die ersten 17 bezuschlagten Projekte des Programms „Biomasse-Wärme“ und 16 zusätzlich bezuschlagte Projekte des Programms „Energieeffizienz“ bekannt gegeben ([Pressemitteilung](#), auf Französisch). Die „Biomasse-Wärme“-Projekte erhalten einen Investitionszuschuss von 44 Mio. € und Betriebshilfen i. H. v. 83 Mio. €. Nach Angaben der Regierung werden diese Projekte den Ausstoß von industriellen Treibhausgasen (THG) um voraussichtlich 332.000 t CO₂ pro Jahr reduzieren. Die Projekte im Bereich „Energieeffizienz“ erhalten 36 Mio. € und werden die THG-Emissionen um voraussichtlich 174.000 t CO₂ pro Jahr reduzieren. Im Dezember 2020 waren bereits 16 Projekte im Bereich Dekarbonisierung der Industrie angekündigt worden ([Pressemitteilung](#), auf Französisch). Zur Erinnerung: Die Regierung hat sich mit dem 2020 vorgestellten Konjunkturprogramm *France Relance* u. a. Maßnahmen im Bereich Dekarbonisierung der Industrie vorgenommen und mobilisiert hierfür 1,2 Mrd. €.





Die französische Regierung hat beschlossen, das Inkrafttreten einiger Bedingungen des Programms der Energieeinsparzertifikate (CEE) auf den 1. April vorzuziehen ([Amtsblatt](#), auf Französisch). Ursprünglich war dies für die Eröffnung der fünften Periode am 1. Januar 2022 geplant. Der am 13. März veröffentlichte Erlass definiert die CEE für Haushalte in schwerer Energiearmut neu. Somit sind diese ab dem 1. April die einzige Kategorie von Haushalten, die von den CEE „Energiearmut“ profitieren, wohingegen sie nicht mehr die Anreizmechanismen für Energieeinsparungen (*Coups de pouce*) in Anspruch nehmen können. Es wird zusätzlich eine Kategorie für einkommensschwache Haushalte geschaffen, die von den Anreizmechanismen für Energieeinsparungen im Bereich von Heizung, Dämmung und Sanierung von Einfamilienhäusern profitieren können. Die Regierung antwortet damit auf die von einigen Akteuren formulierte Kritik, welche sich insbesondere auf die Bestandsverwaltung der CEE beim Eintritt in die fünfte Periode bezog. Zur Erinnerung: Der Handelsmechanismus für Energiesparzertifikate ist eine der Hauptkomponenten der französischen Energieeffizienzstrategie. Er verpflichtet Energieversorger und -verteiler, eine bestimmte Menge an Zertifikaten zu besitzen, die mittels der Durchführung standardisierter Energiesparmaßnahmen erworben werden können.



Deutschland

Deutschland verfehlt Emissionsminderungsziel im Gebäudebereich



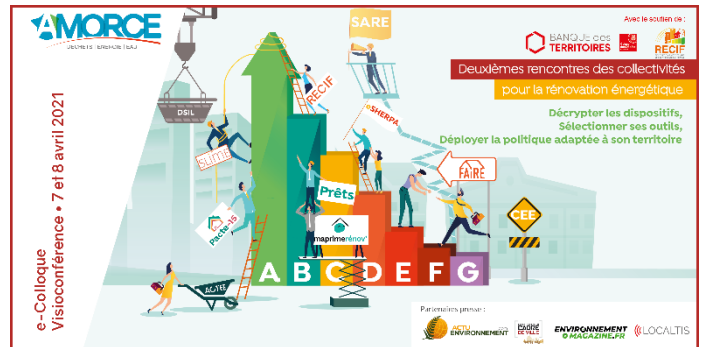
Deutschland hat sein Klimaziel für 2020 zwar erreicht (Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 % ggü. 1990), allerdings nur aufgrund der Corona-Pandemie (siehe hierzu auch den Artikel in der Kategorie Politik in Kürze). Das [Bundes-Klimaschutzgesetz](#) gibt jährlich bis 2030 ein Emissionsminderungsziel für die verschiedenen Sektoren vor. Die Emissionen konnten in allen Sektoren ausreichend gesenkt werden, außer im Gebäudebereich. Die zulässige Jahresemissionsmenge von 118 Mio. t CO₂ wurde um 2 Mio. t CO₂ überschritten. In den Bereichen Gewerbe, Handel und Dienstleistung sind die Emissionen zwar gesunken, dafür aber in privaten Haushalten gestiegen. Gemäß eines [Gutachtens](#) im Auftrag des Umweltbundesamtes (veröffentlicht im Oktober 2020) reichen die Maßnahmen des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung insbesondere im Gebäude- und auch Transportsektor nicht aus, um die Zielsetzungen zu erreichen.



Veranstaltungen unserer Partner und Mitglieder

Partnerveranstaltung: „Colloque : 2èmes Rencontres des collectivités pour la rénovation énergétique“:

- **Wann:** 7. und 8. April 2021
- **Wo:** Online
- **Sprache:** Französisch
- **Beschreibung:** « Retard », « nombreux blocages », « insuffisant » : le Haut Conseil pour le Climat appelle dans son rapport du mois de novembre à une refonte et une accélération de la politique de rénovation énergétique française. Bien que le gouvernement en ait fait un axe majeur de sa politique de relance et que la Convention Citoyenne pour le Climat se soit emparée de ce sujet majeur, c'est dans les territoires que se jouera la massification des rénovations. Lancement de MaPrimeRénov', déploiement du programme SARE, refonte du Diagnostic de Performance Énergétique, décret tertiaire pour les bâtiments publics... Comment s'y retrouver dans ce contexte mouvant ? Comment s'assurer que les opérations de rénovation seront rentables ? Comment enclencher puis mener à bien de nouveaux projets ? La 2e édition des Rencontres de la rénovation énergétique proposera un éclairage, témoignages à la clé, afin d'aider les collectivités à élaborer et déployer des stratégies de rénovation énergétique sur leurs territoires.



- **Programm und Anmeldung:** <https://amorce.asso.fr/index.php/evenement/deuxiemes-rencontres-de-la-renovation-energetique>



Publikationen

Rabatt auf ein Abonnement von Actu-Environnement



DFBEW-Mitglieder erhalten einen Rabatt von 20 % auf das Abonnement von [Actu-Environnement](#), indem sie bei der Online-Registrierung den folgenden Aktionscode eingeben: **ACTU-OFATE**. Der Code ist bis zum Ende des Jahres 2021 gültig.

Ausblick auf den französischen Strombedarf bis 2050



Die französische Akademie der Technologien hat am 10. März ein [Papier](#) (auf Französisch) zum voraussichtlichen Strombedarf Frankreichs im Jahre 2050 veröffentlicht. Laut den Autoren werde dieser zwischen 730 und 840 TWh betragen – im Gegensatz zu den in der nationalen Dekarbonierungsstrategie (*Stratégie nationale bas-carbone*, SNBC) angenommenen 630 TWh (heutiger Bedarf: 470 TWh).

Andere Publikationen, die in diesem Monat veröffentlicht wurden:

- Agora Energiewende (Februar 2021), „[No-regret hydrogen – Charting early steps for H₂ infrastructure in Europe](#)“
- Aurora Energy Research (März 2021), „[The Impact of Weather in a high Renewables Power System](#)“
- Bundesverband Energiespeicher (März 2021), „[Branchenanalyse 2021](#)“
- Deutsche Energie-Agentur (März 2021), „[Green PPAs: Säule des Erneuerbare-Energien-Ausbaus und zentrales Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele](#)“
- Eueco (März 2021), „[Leifaden Bürgerbeteiligung für Stadtwerke und EVU](#)“
- Europäische Investitionsbank / BVA Group (März 2021), „[What's the best way to fight climate change?](#)“
- EWI Universität Köln (März 2021), „[Auswirkungen einer Verschärfung der europäischen Klimaziele auf den deutschen Strommarkt](#)“
- Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (März 2021), „[Biobased Products – Facts and Figures 2021](#)“
- IDDRI (März 2021), „[Aligning financial flows with the Paris Climate Agreement: Assessing the emerging institutional architecture in global climate governance](#)“ International Carbon Action Partnership (März 2021), „[Emissions Trading Worldwide – Status Report 2021](#)“
- Lichtblick / Arepo Consult (März 2021), „[Klimaneutral leben 2035](#)“
- RethinkX (März 2021), „[The Great Stranding: How Inaccurate Mainstream LCOE Estimates are Creating a Trillion-Dollar Bubble in Conventional Energy Assets](#)“
- Stiftung Genshagen (März 2021), „[Eine mutige Klima-Industriepolitik als Schlüssel für den zukunftsfähigen Standort Europa](#)“, aus der Publikationsreihe „[Green Deal reloaded – Perspektiven für eine nachhaltige und gerechte Transformation der EU](#)“

